

5. Februar 2015

Erster Bericht

zum Stand der Umsetzung der Digitalen Agenda für Deutschland

A. Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 20. August 2014 die Digitale Agenda für Deutschland 2014 - 2017 verabschiedet. Die Digitale Agenda bestimmt die politischen Ziele der Digitalpolitik der Bundesregierung und benennt die zentralen Vorhaben, die in den kommenden Jahren zur gezielten Weiterentwicklung des digitalen Wandels beitragen sollen. Sie ist ein offener, nicht abschließender Prozess, deren Umsetzung im engen Dialog mit dem Deutschen Bundestag erfolgt. Die Bundesregierung unterrichtet deshalb regelmäßig den Deutschen Bundestag über den Fortschritt bei der Umsetzung der Digitalen Agenda.

B. Schwerpunkte im 1. Halbjahr 2015

1. Strategien und Initiativen

Die Bundesregierung begleitet die für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes wesentlichen Aspekte der Digitalisierung durch Strategien und Initiativen und trägt auf diesem Wege dazu bei, den digitalen Wandel zu gestalten.

1.1 Digitale Wirtschaft und Digitale Arbeitswelt

Die Fortschritte bei der Digitalisierung der Industrie tragen maßgeblich zur zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie bei. Die Bundesregierung wird im April 2015 eine Plattform Industrie 4.0 als zentrales Element der strategischen Industriepolitik einrichten. In der Plattform sollen konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Industrie 4.0 zu wichtigen Aspekten, wie z.B. Normung, Standardisierung und IT-Sicherheit, erarbeitet und beschlossen werden. Akteure aus Wirtschaft,

Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik werden intensiv in die Arbeit der Plattform eingebunden. Darüber hinaus baut die Bundesregierung im Rahmen der Digitalen Agenda und der Hightech-Strategie Technologie- und Forschungsprogramme zu Industrie 4.0 aus. Daneben werden Informations- und Demonstrationszentren zu Industrie 4.0 für den Mittelstand eingerichtet sowie eine auf den Mittelstand ausgerichtete Fördermaßnahme zu „Industrie 4.0 auf dem Hallenboden“, wo Werkzeuge zur Investitionsabsicherung entwickelt werden, gestartet. Im Forschungsprogramm „Zukunft der Arbeit“, das zurzeit mit den Sozialpartnern verhandelt wird, und dessen Veröffentlichung im 2. Quartal 2015 geplant ist, wird Industrie 4.0 einen Schwerpunkt darstellen. Darüber hinaus richtet die Bundesregierung eine „Plattform Innovative Digitalisierung“ ein, die im Schwerpunkt Analysen und Lösungsansätze zur digitalen Souveränität in der vernetzten Wirtschaft, zum Aufbau von intelligenten Netzen, z.B. in den Bereichen Energie und Gesundheit sowie zur Stärkung des digitalen Mittelstands, der digitalen Startups und für die Digitalisierung der Dienstleistungswirtschaft erarbeitet.

Gleichzeitig richtet die Bundesregierung eine Plattform zur digitalen Arbeitswelt ein, welche die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigten in einzelnen Branchen thematisiert und Handlungsansätze erarbeitet. Schwerpunkte sind der Wandel von Beschäftigung und Weiterbildung, Fragen des ort- und zeitflexiblen Arbeitens sowie Schutzstandards in der digitalen Arbeitswelt.

1.2 Sicheres Handeln im Netz

Die Rahmenbedingungen für sichere Kommunikation im Netz werden weiter verbessert. Das Personalausweisgesetz wird in 2015 mit dem Ziel novelliert, die Nutzung des neuen Personalausweises zu vereinfachen. Daneben werden seine Anwendungen sukzessive erweitert, die mobile Nutzung der eID-Funktion angestrebt und die Verbreitung von eID-Kartenlesern verbessert. Der neue Personalausweis wird auch dazu dienen, Bürgerinnen und Bürgern wie auch Unternehmen einen einfachen und sicheren Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen der Behörden von Bund, Ländern und Kommunen

zu eröffnen. Bis Sommer 2015 wird ein mit den Bundesländern abgestimmtes Konzept zur Einführung der auch im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bürgerkonten vorliegen, das im Anschluss umgesetzt wird. Bei der Verbreitung der sicheren Kommunikation über DE-Mail wird die Bundesverwaltung vorangehen, indem sie bis Ende 2015 flächendeckend angebunden wird.

1.3 Digitale Dividende II

Zur Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus haben sich Bund und Länder Ende 2014 darauf geeinigt, die bislang insbesondere für das digitale terrestrische Fernsehen (DVB-T) genutzten 700 MHz-Frequenzen (sog. Digitale Dividende II) für die Zukunft für mobiles Breitband bereitzustellen. Zur Jahresmitte 2015 wird die Bundesnetzagentur deshalb in einer Frequenzauktion mit den 700 MHz-Frequenzen zusätzliches Mobilfunkspektrum vergeben. Die Bundesregierung wird mit Zustimmung des Bundesrates schnellstmöglich die für eine Mobilfunknutzung im 700 MHz Bereich erforderliche Änderung der Frequenzverordnung herbeiführen. Zwischen Bund und Ländern besteht Einvernehmen, dass die Einnahmen aus der Vergabe dieser Frequenzen (nach Abzug ausgleichender umstellungsbedingter Kosten bisheriger Nutzer) hälftig auf Bund und Länder aufgeteilt und in Fördermaßnahmen zur Unterstützung von Breitbandausbau und Digitalisierung investiert werden. Außerdem werden in Abstimmung mit den Ländern Richtlinien für die Gewährung von Billigkeitsleistungen für Ausgleichszahlungen an bisherige Frequenznutzer (Rundfunk und Nutzer drahtloser Produktionsmittel) erlassen.

1.4 Plattform Vertrauenswürdige Informationstechnik

Vertrauenswürdige Informationstechnik ist eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Prozesse und Produkte von Wirtschaft und Verwaltung in Deutschland. Die Zunahme von Cyberangriffen und die aktuelle Debatte über die Vertrauenswürdigkeit der Informationstechnologie zeigen den großen Handlungsbedarf. Die im ersten Halbjahr 2015 zu initialisierende Plattform zielt darauf, die deutsche IT-Sicherheitswirtschaft zu stärken, die Entwicklung vertrauenswürdiger Produkte unter den Rahmenbedingungen des Marktes und

deren Einsatz in Schlüsselbereichen zu fördern sowie eine erhöhte Kontrolle und Beherrschbarkeit von vertrauenswürdigen Systemteilen zu ermöglichen.

1.5 *Geo-Daten*

Daten sind die Basis für eine Vielzahl neuer digitaler und mobiler Dienste, mit denen sich das tägliche Leben wesentlich vereinfachen und angenehmer machen lässt. Die öffentliche Hand verfügt bereits heute über einen umfangreichen Bestand an digitalen georeferenzierten Daten und Mobilitätsdaten sowie über Programme wie Copernicus und Galileo, die künftig weitere große Datenmengen etwa im Bereich der Erdbeobachtung liefern werden. Nutzungs- und Vernetzungsmöglichkeiten für solche bestehenden und künftigen Datenbestände sollen systematisch untersucht und entwickelt werden. Hierzu sind derzeit Ausschreibungen für Forschungsprojekte aus den Mitteln des Modernitätsfonds in Vorbereitung.

Darüber hinaus erarbeitet die Bundesregierung gemeinsam mit der Kommission für Geoinformationswirtschaft an einheitlichen Lizenzbedingungen einschließlich Bezahlung von öffentlichen Geodaten. Daneben wird ein Code of Conduct für den Datenschutz bei öffentlichen Geodaten mit den Datenschutzbeauftragten der Länder erarbeitet.

1.6 *Intelligente Verkehrssysteme und Automatisiertes Fahren*

Der Einsatz intelligenter Verkehrssysteme wird als entscheidender Beitrag für einen sichereren, effizienteren und umweltfreundlicheren Verkehr gesehen. Dabei ist Kompatibilität, Interoperabilität und Kontinuität bei der Einführung und dem Betrieb von Intelligenten Verkehrssystemen zu gewährleisten. In einem nationalen Aktionsplan „Straße“ werden Vereinbarungen mit allen Beteiligten getroffen. Die Industrie, unterstützt von der Forschung, entwickelt neue Konzepte für den Verkehr der Zukunft. Der Runde Tisch „Automatisiertes Fahren“ wird entsprechende Vorschläge für Handlungsmaßnahmen abstimmen. Bis September 2015 (IAA) wird eine Roadmap zur Weiterentwicklung des automatisierten Fahrens in Deutschland in den nächsten fünf Jahren mit dem Schwerpunkt der Ermöglichung des hochautomatisierten Fahrens erarbeitet.

1.7 Smart Services

Mit intelligenten, auf Datenveredelung beruhenden Dienstleistungen versuchen Unternehmen insbesondere die Schnittstelle zu Kunden zu gestalten und damit Wertschöpfung am Standort Deutschland zu halten. Die Bundesregierung setzt mit dem Technologieprogramm "SMART SERVICE WELT" die Zielsetzung des Koalitionsvertrages um, Industrie 4.0 um intelligente Dienstleistungen („smart services“) zu erweitern.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung für das Zukunftsprojekt „Smart Services“ der Hightech-Strategie eine offene Plattform eingerichtet. Ziel ist die Koordinierung und Unterstützung von Aktionsfeldern, auf denen die hiesige Industrie Daten als Rohstoff und Produktionsfaktor besser nutzen und dabei international konkurrenzfähig bleiben kann.

Maßnahmen in Bildung und Forschung zur Digitalisierung von Dienstleistungen werden zurzeit mit den Sozialpartnern abgestimmt.

2. Ordnungsrahmen

Eines der zentralen Ziele der Digitalen Agenda ist es, einen zukunftsfähigen Ordnungsrahmen für die digitale Welt zu schaffen, um Freiheit, Datenschutz, IT-Sicherheit; Wettbewerb sowie kreatives Schaffen im digitalen Raum sicher zu stellen, und die Voraussetzungen für einen zügigen Ausbau schneller Breitbandnetze zu schaffen. Die Bundesregierung treibt wichtige Vorhaben eines solchen Ordnungsrahmens auf nationaler wie europäischer Ebene voran und unterstützt das Ziel der neuen Europäischen Kommission für eine ambitionierte europäische Strategie im Bereich der Telekommunikation und der Informationsgesellschaft

2.1 IT-Sicherheitsgesetz

Die Bundesregierung hat am 17. Dezember 2014 den Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) beschlossen und damit den ersten Baustein für den Ordnungsrahmen in der digitalen Welt konkretisiert. Der Gesetzentwurf enthält

Anforderungen an die IT-Sicherheit kritischer Infrastrukturen, deren Betreiber künftig Mindeststandards einhalten und erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik melden müssen. Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren.

2.2 Europäische Datenschutz-Grundverordnung

Auf europäischer Ebene werden im 1. Halbjahr 2015 entscheidende Weichen für die Reform des europäischen Datenschutzes gestellt. Die Verhandlungen zur Datenschutz-Grundverordnung im Rat sollen zu einem Abschluss gebracht werden, sodass der Trilog mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission beginnen kann. Die Bundesregierung verhandelt zügig bei gleichzeitig sorgfältiger Beratung der wichtigen noch offenen Fragen. Zu den noch offenen Punkten zählen u.a. Regelungen zur den Rechten der Betroffenen oder zu Sanktionen bei Datenschutzverstößen.

2.3 Verankerung der Netzneutralität auf europäischer Ebene

Im Rahmen der Verhandlungen zur sog. Digital-Single-Market-Verordnung (über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation) hat die Bundesregierung Ende 2014 einen abgestimmten Vorschlag für eine europäische Regelung zur Netzneutralität eingebracht. Zu diesem Thema als auch zum Thema Roaming werden die Verhandlungen im Rat intensiviert. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, dass die Verordnung in 2015 verabschiedet wird und unterstützt die lettische Ratspräsidentschaft darin, die Verhandlungen zügig weiter zu führen und rasch in Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zu diesen Themen einzusteigen.

2.4 Änderung Telemediengesetz zur Haftung von W-LAN-Betreibern

Die Bundesregierung wird gesetzlich klarstellen, ob und ggf. inwieweit Hotels, Cafés, der Einzelhandel und viele andere öffentliche WLAN-Anbieter für über ihr WLAN begangene Rechtsverletzungen haften müssten. Hierdurch sollen potenzielle Anbieter Rechtssicherheit erhalten, so dass sie geplante, aber aufgrund der bisherigen Rechtsunsicherheit noch nicht umgesetzte

Geschäftsmodelle starten können. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen in der Stadt möglichst praktikabel mit ihrem mobilen Endgerät ins Internet gehen können. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung.

2.5 E-Health-Gesetz

Der vorliegende Referentenentwurf eines Gesetzes für die sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen enthält einen Gesamtplan für die Weiterentwicklung und den Aufbau einer sicheren und vertrauenswürdigen Kommunikationsinfrastruktur im Gesundheitswesen. Die Kabinetttbefassung soll im 1. Halbjahr 2015 erfolgen. Ziel ist es, die Chancen der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung zu nutzen und schneller nutzbringende Anwendungen zu ermöglichen. Dazu sollen Anreize für die zügige Einführung und Nutzung medizinischer Anwendungen (Notfalldaten oder elektronischer Arzt- und Entlassbrief) geschaffen und die Telematikinfrastruktur für weitere Anwendungen geöffnet werden.

2.6 Umsetzung der Kostensenkungsrichtlinie

Der Entwurf zur Umsetzung der Kostensenkungsrichtlinie wird mit Ressorts, Unternehmen und Ländern abgestimmt. Ziel ist es, die Kostensenkungsrichtlinie zeitnah umzusetzen um möglichst rasch die Kosten beim Breitbandausbau spürbar zu senken. Möglichst viel vorhandene Infrastruktur soll gemeinsam genutzt oder gemeinsam ausgebaut werden. Dies kann z.B. durch die Kombination von Straßen- oder Kanalbau mit Breitbandkabelverlegung erreicht werden.

3. Maßnahmenbündel

Durch ein gezieltes Maßnahmenbündel setzt die Bundesregierung neue Impulse für die Weiterentwicklung der Digitalisierung in Deutschland.

3.1 Förderprogramme zum Breitbandausbau

Die Bundesregierung bereitet derzeit ein Förderprogramm für die Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus vor. Die Erlöse aus der Vergabe der bisher vom Rundfunk genutzten Frequenzen (Digitale Dividende II) dienen der

Finanzierung dieses Programms. Außerdem werden wir auf eine rasche Genehmigung der NGA-Rahmenregelung durch Brüssel hinwirken, um eine technologieübergreifende Förderung (einschließlich Vectoring) zu ermöglichen.

3.2 Unterstützung von Startups und Verbesserung der Finanzierungsbedingungen

Die Unterstützung von Startups und Verbesserung der Finanzierungsbedingungen bildet einen Schwerpunkt der Digitalen Agenda in 2015. Dazu führen wir intensive Gespräche mit der Deutschen Börse und weiteren Protagonisten, um mehr Wachstumsunternehmen an die Deutsche Börse zu bringen. Darüber hinaus planen wir die Auflage einer ERP/EIF-Wachstumsfazilität über 500 Mio. € bis zum Sommer 2015. Die Internationalisierung der Startups fördern wir durch den Ausbau internationaler Akzeleratoren.

3.3 Förderprogramm Digitale Medien in der beruflichen Bildung

In der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollen neue Bildungskonzepte durch den sinnvollen Einsatz digitaler Medien stärker etabliert werden, u.a. sollen neue didaktische Konzepte auf der Basis digitaler Medien direkter in Aus- und Weiterbildung integriert werden. Mit der Ende 2014 veröffentlichten Förderbekanntmachung DIMEBB 2 werden deshalb Konzepte digitaler Bildung unterstützt, deren Ziel eine unmittelbare Einbindung der Lernprozesse in die verschiedenen realen beruflichen Kontexte darstellt. Die Auswahl der Projekte erfolgt in der ersten Jahreshälfte 2015.

4. Forschung

4.1 IT-Sicherheitsforschung

Mit dem Forschungsrahmenprogramm „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ investiert die Bundesregierung in die vorausschauende Gestaltung technischer Systeme und die Rahmenbedingungen ihrer Nutzung, um vor Cyber-Angriffen zu schützen und das Recht des Bürgers auf

informationelle Selbstbestimmung zu wahren. Die Kabinetttbefassung soll im 1. Quartal 2015 erfolgen.

4.2 *Medizininformatik*

Die Bundesregierung wird ein Forschungs- und Förderkonzept Medizininformatik vorlegen, das die Patientenversorgung in Deutschland nachhaltig verbessern soll. Im März 2015 findet ein Experten-Workshop Medizininformatik mit 60-80 Experten statt. Anschließend wird das Forschungskonzept finalisiert, im August 2015 soll dann die Bekanntmachung von Förderrichtlinien erfolgen.

4.3 *Rat für Informationsinfrastrukturen*

Der Bund hat gemeinsam mit den Ländern einen Rat für Informationsinfrastrukturen gegründet. Der Rat soll als koordinierendes Gremium wissenschaftliche Selbstorganisationsprozesse stärken, neue Handlungsfelder für solche Prozesse und mögliche Synergiepotenziale frühzeitig identifizieren sowie die Entwicklung von wettbewerblichen Verfahren zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen koordiniert vorantreiben. Der Rat wurde am 3. November konstituiert und hat seine Beratungen aufgenommen.

5. *Dialogprozesse*

In der Digitalen Agenda wurde vereinbart, den IT-Gipfel künftig noch stärker zu einer effizienten und beschleunigten Umsetzung der Digitalpolitik der BReg zu nutzen. Er soll für alle gesellschaftlich relevanten Gruppen geöffnet, vor allem aber auf die Handlungsfelder der digitalen Agenda der BReg ausgerichtet werden. Künftig sollen sich Politik, Hersteller und Anwender von IT sowie gesellschaftliche Gruppen auf Augenhöhe im IT-Gipfelprozess begegnen. Damit wird der Gipfelprozess zum zentralen Umsetzungsinstrument für die Digitale Agenda.

Bis zum Ende des ersten Quartals 2015 sollen sich die neuen Plattformen und Foren bilden und damit die Neuausrichtung der Arbeitsstruktur abgeschlossen

sein. Das erste Treffen der Plattformvorsitzenden findet auf Einladung von BM Gabriel der CeBIT am 16. März 2015 in Hannover statt. Die Ergebnisse der unterjährigen Arbeiten der Plattformen und Foren werden auf dem IT-Gipfel im November 2015 in Berlin vorgestellt und diskutiert.

C. Vorhabenplanung zur Umsetzung der Digitalen Agenda

Die nachfolgende Übersicht enthält die wesentlichen Vorhaben zur Umsetzung der Digitalen Agenda in den Handlungsfeldern (1) Digitale Infrastrukturen, (2) Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten, (3) Innovativer Staat, (4) Digitale Lebenswelten, (5) Bildung, Forschung, Wissenschaft, Kultur und Medien, (6) Sicherheit, Schutz und Vertrauen für Gesellschaft und Wirtschaft und (7) Europäische und internationale Dimension der Digitalen Agenda, einschließlich einer Zeitplanung für die maßgeblichen Schritte der Umsetzung in 2015.

Die Finanzierung der Maßnahmen der Digitalen Agenda erfolgt unter Wahrung der haushaltspolitischen Ziele des Koalitionsvertrages durch die einzelnen beteiligten Ressorts im Rahmen ihrer jeweiligen geltenden Finanzplanung.

I. Handlungsfeld: Digitale Infrastrukturen

Ziel der Agenda	Lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung	Ressort (s)
Rahmenbedingungen zur Unterstützung des marktgetriebenen Ausbaus	1	Weiterführung der Netzallianz / Kursbuch Kontinuierliche Weiterentwicklung der Netzallianz als Plattform für Unternehmen und Investoren der Telekommunikations- und Netzwirtschaft.	fortlaufend	BMVI
	2	Digitale Dividende II Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass die aus der Vergabe der 700 MHz und den 1,5 GHz Frequenzen nach Abzug der Umstellungs- und Verwaltungskosten verbleibenden Einnahmen hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt und für den Breitbandausbau und die Digitalisierung eingesetzt werden. Die Einzelheiten ergeben sich aus einer Bund-Länder-Vereinbarung.	Frequenzvergabe 1. Halbjahr 2015 Förderung für Projekte des Breitbandausbaus und der Digitalisierung ab 2015	BMVI
	3	Kostensenkungsrichtlinie Die Kostensenkungsrichtlinie enthält ein Maßnahmenbündel, das sich über den gesamten Ausbauprozess erstreckt, von der Planung über den Bau bis hin zur Vermarktung. Die Richtlinie verfolgt das Ziel, die Ausbaukosten zu senken und Ausbauanreize zu setzen.	Verabschiedung der Kostensenkungsrichtlinie schnellstmöglich in 2015 Umsetzungsfrist bis zum 01.01.2016	BMVI
	4	Förderungen und Entwicklungen von IKT Infrastrukturen und Breitband a) Breitbandatlas: Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland durch Erhebung des TÜV Rheinland im	fortlaufend	BMVI

		<p>Auftrag des BMVI</p> <p>b) Breitbandbüros des Bundes: Unterstützung der Breitbandstrategie der Bundesregierung. Kontakt zu den Breitbandeinrichtungen der Länder. Erarbeitung von Leitfäden zu aktuellen Themen. Begleitung von Dialogveranstaltungen.</p>		
5		<p>Planung, beihilfenrechtliche Klärung und Implementierung von Fördermaßnahmen des Bundes für den Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur.</p> <p>a) Beihilfenrechtliche Genehmigung der NGA-Rahmenregelung als Basis für Förderprogramme des Bundes und der Länder.</p> <p>b) Entwurf und Implementierung eines Förderprogramms des Bundes zur Ergänzung bestehender Förderprogramme.</p> <p>c) Prüfung und Entwurf eines KfW-Förderprogramms zum Breitbandausbau.</p>	<p>Fortlaufende Begleitung, Evaluation und Weiterentwicklung der Maßnahmen.</p> <p>a) erstes Halbjahr 2015</p> <p>b) ab 2015 fortlaufend</p> <p>c) 2015</p>	BMVI
6		<p>Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)</p> <p>Im Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor“ sollen sechs regionale Breitbandinitiativen unterstützt und innovative Betreibermodelle / Finanzierungsinstrumente erprobt werden.</p> <p>a) Vorstudie zu internationalen Beispielen der Breitbanderschließung, Konzepterstellung, Fachveranstaltung und Ausübung eines Wettbewerbes zur Auswahl der Modellregionen</p>	<p>a) 2015</p>	BMVI

		<p>b) Regionen erarbeiten Umsetzungsstrategien zum Breitbandausbau.</p>	<p>b) 2016-2017</p>	
<p>Mobilität fördern und neue Dienste unterstützen</p>	<p>7</p>	<p>Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK): Im Rahmen der Integrierten ländlichen Entwicklung Breitbandförderung in unterversorgten ländlichen Gebieten, soweit ein agrarstruktureller Bezug gegeben ist.</p>	<p>derzeit vorgesehener Zeitrahmen bis 2018</p>	<p>BMEL</p>
	<p>8</p>	<p>Forschung zur Digitalen Gesellschaft und Zuschüsse für innovative Forschung zur Beförderung digitaler Innovationen (Initiative Modernitätsfond). Im Rahmen der Ziele zur Digitalen Agenda werden die Mittel für Forschungen unter anderem im Bereich der Datenübertragung, der Informationsversorgung und für explorativ angelegte Dialog- und Innovationsforen verwendet. Dabei wird eine strategisches Innovationsforum inklusive einer experimentellen Datenplattform eingerichtet.</p>	<p>Forschungsprogramm in 2014 - 2018</p>	<p>BMVI</p>
	<p>9</p>	<p>Geodaten-Infrastruktur weiter ausbauen Nationale - Copernicus IT-Plattform zur Nutzung von Satellitendaten aufbauen und betreiben (CODE-DE)</p>	<p>2015 - 2020</p>	<p>BMVI</p>
		<p>Automatisiertes Fahren: Verbesserung der Verkehrssicherheit und -effizienz Klärung einer national abgestimmten Position zum „Automatisierten Fahren“, Rahmenbedingungen unter denen Systeme des automatisierten Fahrens in Deutschland auf den Markt gebracht werden dürfen.</p>	<p>In 2015</p>	<p>BMVI</p>

		<p>a) Klärung der technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen.</p> <p>b) Runder Tisch „Automatisiertes Fahren“ aller Akteure.</p> <p>c) Entwicklung einer Roadmap „Automatisierter Straßenverkehr der Zukunft“.</p>	<p>a) b) Zwischenbericht und die Schwerpunktsetzung für die weitere Arbeit</p> <p>c) Roadmap zur IAA 2015</p>	
10	<p>Automatischer Notruf „eCall“:</p> <p>Die für die Organisation der Rettungsdienste zuständigen Länder und Kommunen müssen die Rettungsleitstellen entsprechend den Anforderungen der Delegierten Verordnung 305/2013 ausrüsten, so dass diese über die bordeigene Einrichtung automatisch oder manuell ausgelösten Notrufe (eCalls) entgegennehmen und den Mindestdatensatz auslesen können.</p>	<p>Laufend bis 2017</p> <p>Umsetzung Entsprechend dem Beschluss von Europäischem Rat und Parlament 585/2014/EU vom 15.05.2014 bis spätestens 1.10.2017</p>	BMVI	
11	<p>Intelligente Verkehrssysteme (IVS): Gestaltung eines sichereren, effizienteren umweltfreundlicheren Verkehrs Anlage des nationalen IVS-Aktionsplans.</p> <p>Planung von prioritären Maßnahmen in Deutschland sowie für einzubringende deutsche Vorschläge (z.B. für ausgewählte Sicherheitstechnologien) auf europäischer Ebene.</p>	<p>Fortlaufend</p> <p>Nächste Phase: IVS-Beirat Frühjahr 2015, Fortschreibung des Maßnahmenplans</p>	BMVI	
12	<p>i-KFZ: Internetbasierte Fahrzeugzulassung</p> <p>Das Projekt soll zum Verzicht auf den Gang zur Zulassungsbehörde bei An-/Abmeldung eines Fahrzeuges führen</p>	<p>2015 - 2017</p> <p>1. Stufe: internetbasierte Außerbetriebsetzung eines Fahrzeuges</p> <p>2. Stufe: internetbasierte Wiederzulassung auf denselben Halter</p>	BMVI	

			3. Stufe: internetbasierte Neuzulassung und Ummeldung	
	13	Abstimmung mit EU und Weltfunkkonferenz bezüglich Frequenzressourcen für Mobilfunknutzung	fortlaufend	BMVI
Potenziale für das Gesundheitswesen erschließen	14	<p>"eHealth-Gesetz"</p> <ul style="list-style-type: none"> o Anreize schaffen für die zügige Einführung und Nutzung medizinischer Anwendungen (Notfalldaten, elektronischer Entlassbrief und einheitlicher Medikationsplan) o Telematikinfrastruktur für weitere Anwendungen öffnen und perspektivisch als die maßgebliche sichere Infrastruktur für das deutsche Gesundheitswesen entwickeln o Strukturen der Gematik verbessern o Interoperabilität der Systeme verbessern zur besseren Nutzung der Chancen von IT im Gesundheitswesen. 	Kabinettschluss voraussichtlich 1. Halbjahr 2015, auf dieser Basis ist in Kraft treten Ende 2015 möglich	BMG
	15	GKV-Versorgungsstärkungsgesetz; Schaffung eines Innovationsfonds in den Jahren 2016 bis 2019 zur Förderung von <u>neuen (insbes. sektorenübergreifenden) Versorgungsformen und von Versorgungsforschung</u> . Förderschwerpunkte für die Förderung von neuen Versorgungsformen werden vom Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegt; dies könnten beispielsweise auch Versorgungsprojekte mit telemedizinischen Leistungen sein	Kabinettschluss des GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes 17. Dezember 2014	BMG
Ausrichtung des IT-Gipfels	16	Plattform „Digitale Infrastrukturen“ im Rahmen des IT-	Fortlaufend,	BMVI

auf die Digitale Agenda	Gipfels einrichten und fortführen	erstes Sherpa-Treffen am 8.12.2014	
-------------------------	-----------------------------------	---------------------------------------	--

II. Handlungsfeld: Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten

Ziel der Agenda	Lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung	Ressort(s)
Politischer Dialog im Rahmen der Neuausrichtung des IT-Gipfels mit Plattformen und Foren	1.1	Einrichtung und Gestaltung der Plattform „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“	Plattform soll Ende Januar 2015 arbeitsfähig sein	BMWi
	1.2	Einrichtung einer Dialogplattform Industrie 4.0 mit Leitungsgremium, Lenkungsreis, Forum, Wissenschaftlichem Beirat, AGs und Geschäftsstelle; Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für alle Akteure, um Industrie 4.0 zum Erfolg in Deutschland zu führen.	Einrichtung bis März 2015 Begleitung der Dialogplattform bis Ende 2017	BMWi
	1.3	Einrichtung und Gestaltung der Plattform „Digitale Arbeitswelt“	Plattform soll Februar 2015 arbeitsfähig sein	BMAS (BMFSFJ)
Unterstützung des Zukunftsprojekts „Smart Services“, insbes. zur Erweiterung von „Industrie 4.0“ um intelligente Dienstleistungen	2	Technologieprogramm Smart Service Welt	Förderwettbewerb zum IT-Gipfel am 21.10.14 gestartet; vier Phasen der Durchführung (Einreichung, Auswahl, Bewertung, Bewilligung) zwischen Mai 2015 und März 2016	BMWi
Auf- und Ausbau von Forschungs- und Technologieprogrammen mit hohem Transfer in die Wirtschaft	3.1	Services im Zukunftsmarkt 3-D für industrielle Anwendungen (additiven Fertigung / 3-D-Druck, Visualisierung / Assistenzsysteme) zur Erschließung zukunftsträglicher Marktsegmente (u.a. im	In Planung: Technologieprogramm zur Erschließung neuer Anwendungsmöglichkeiten im Bereich Medizintechnik, in der Fertigung (Industrie 4.0) sowie Bündelung von	BMWi

		<p>Bereich Medizintechnik, Qualitätskontrollen in der Fertigung, Mensch-Maschine-Interaktion)</p>	<p>Kompetenzen in einem Demonstrationszentrum /Living-Lab (Schaufenster und Labor für KMU, Beteiligung von Herstellern und Anbietern)</p>	
<p>Anstoßen neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungsinnovationen</p>	<p>4.1</p>	<p>Dienstleistungsgipfel zum Thema „Potenziale der Digitalisierung für die Dienstleistungswirtschaft“</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Darstellung der Potenziale anhand von Best practice-Beispielen 2. Workshops zu festgelegten Schwerpunktthemen 3. Handlungsempfehlungen und 	<p>28.04.2015</p>	<p>BMW</p>
	<p>3.2</p>	<p>Technologieprogramm Smart Data Förderung von F&E, die den Markt um Big Data für die deutsche Wirtschaft nachhaltig erschließen. Dabei soll der Schwerpunkt auf die Entwicklung innovativer Dienste und Dienstleistungen gelegt werden, um eine frühzeitige breitenwirksame Nutzung voranzutreiben.</p>	<p>Projekte sind mittels Förderwettbewerb ausgewählt und nun im Antragsverfahren beim PT</p>	<p>BMW</p>
	<p>3.3</p>	<p>Geplantes Technologieprogramm Fahrzeug- und Systemtechnik ab 2015 mit Schwerpunkt hochautomatisiertes Fahren. Dabei gilt es, die Fahrzeugsensorik, Car2x-Kommunikation und Fahrerassistenz weiter zu entwickeln und deren hohes Marktpotential zu erschließen.</p>	<p>Projektauswahl möglichst im Wettbewerb (Stichtage, Förderbekanntmachungen) Leuchtturmprojekt Ko-Haf zum hochautomatisierten Fahren soll Anfang 2015 starten. Kick off mit Ministerbeteiligung geplant.</p>	<p>BMW</p>

		Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs		
	4.2	Änderung des Informationsweiterverwendungsgesetzes (IWG) zur Umsetzung der PSI-Richtlinie		Kabinett Januar 2015, Bundesrat März 2015, Bundestag März/April 2015 Bundesrat Juni 2015, Inkrafttreten Ende August/Anfang September 2015
Stärkung von Vertrauen und Sicherheit bei der Nutzung digitaler Dienste	5	Ausbau der Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden		Gestartet (mit ersten Projekten im Oktober 2014), fortlaufend; derzeit Vergabe/Start neuer Projekte 1. HJ/2015 (u.a. Kosten-Nutzen-Tool, Module für Berufsschulen/Betriebe / Auszubildende, Fachkräftegewinnung durch „Hackerchallenge“, Penetrationstests für KMU, Vermittlung geeigneter IT-Dienstleister, Unterstützung bei IT-Sicherheitsberatung)
Aufbau von Kompetenzzentren zur Information und Demonstration von Best-Practice Beispielen für Industrie 4.0	6	Zur Unterstützung des Technologietransfers in den Mittelstand werden bundesweit fünf Informations- und Demonstrationszentren (Nord, Süd, Ost, West, Mitte) eingerichtet, die sich untereinander vernetzen		Ausschreibung 1. HJ 2015 Einrichtung ab Frühjahr 2015
IKT-basierte Unterstützung der Elektromobilität	7.1	Technologieprogramm „IKT für Elektromobilität III“ Neue Impulse für die Elektromobilität durch		Start Förderwettbewerb voraussichtlich Ende November 2014, Umsetzung Förderprojekte 2015-17

		<p>Einbindung von gewerblichen E-Fahrzeugen in Logistik-, Energie- und Mobilitätsinfrastrukturen. Der Nutzfahrzeubereich bietet für die Elektrifizierung ein großes, bisher noch wenig erschlossenes Potenzial, das durch das Programm erschlossen werden soll. IKT als „enabling technology“, die Integration und neue Geschäftsmodelle ermöglicht</p>		
<p>Ausbau der eHealth-Initiative und die stärkere Vernetzung mit der Innovationsfähigkeit der Gesundheitswirtschaftsunternehmen und Gewährleistung der Interoperabilität und Sicherheit von IT-Systemen</p>	<p>7.2</p>	<p>FuE-Förderprogramm „Erneuerbar mobil“ Intelligente Netzintegration von Elektrofahrzeugen, auch in Smart Homes</p>	<p>Lfd. Vorhaben bis 2016, Verlängerung des Programms geplant</p>	<p>BMUB</p>
	<p>8</p>	<p>Förderung von Maßnahmen zum Ausbau von E-Health in der Fläche zur Bereitstellung und Nutzung von weiteren Anwendungen</p> <ul style="list-style-type: none"> o Identifizierung und Erarbeitung von Qualitätskriterien für Telemedizinanwendungen in der Regelversorgung (1. Gesundheitsmarkt) o Entwicklung einer Telemedizin(informationssicherheits)leitlinie (= Implementierungsleitlinie zur Erleichterung der Integration von eHealth-Anwendungen an Bestandssystemen) o Erschließung von Potentialen von 	<p>Anträge für FuE-Vorhaben wurden Anfang 2015 vorgelegt</p>	<p>BMG</p>
			<p>Vergabe im 2. Hj 2015</p>	

		<p>Informations- und Kommunikationstechnologien in der Pflege (= Planungsstudie zur strukturierter Aufarbeitung der Handlungsfelder und notwendigen Aktivitäten)</p>		
<p>Erarbeitung und Umsetzung der Strategie Intelligente Vernetzung (Digitalisierung in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung vorantreiben)</p>	<p>9</p>	<p>Intelligente Vernetzung steht für eine Weiterentwicklung und optimierte Nutzung der Digitalisierung in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung. Laufende Aktivitäten in diesen Bereichen werden mit einem komplementären, sektorübergreifenden Strategieansatz unterstützt.</p>	<p>Anfang 2015: Ressortabstimmung und Kabinettsbeschluss Bisher gepl. kurzfr. Umsetzungsmaßnahmen: 01/15: „Index der Digitalisierung und Intelligen Vernetzung“ (Auftragserteilung noch in 12/14 geplant) 02/15: Auftragserteilung Geschäftsstelle Intelligente Vernetzung 03/15: CeBIT Q1/15 Forschungsauftrag „Hochautomatisiertes Fahren auf Autobahnen - Industrie-politische Schlussfolgerungen“ Q2/15: Fortsetzung „Fachdialog Intelligente Vernetzung“</p>	<p>BMWi</p>
<p>Unterstützung junger innovativer Unternehmen und Startups und Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für Startups</p>	<p>10.1</p>	<p>Förderung für Startups im Hightech-Wissenschaftsumfeld verbessern Deutliche Erhöhung der Sachkostenpauschalen in den EXIST-Programmen, um noch besser wissensbasierte Startups im Bereich</p>	<p>Neue Förderrichtlinien im November 2014</p>	<p>BMWi</p>

	Energie, Biotech u.a. adressieren zu können.			
10.2	Finanzierung über Business Angel verbessern - INVEST steuerfrei stellen Mit dem Zolkodexunionengesetz soll die Maßnahme des BMWi „INVEST - Zuschuss für Wagniskapital“ von der Einkommensteuer befreit werden.	Zustimmung Bundesrat 19. Dezember 2014		BMWi
10.3	Mehr junge Wachstumsunternehmen an der Deutschen Börse Round Table unter Leitung von BM Gabriel mit allen beteiligten Akteuren, einschließlich der Deutschen Börse AG	Einrichtung von Arbeitsgruppen 2. Roundtable im Sommer 2015		BMWi
10.4	Auflage einer ERP/ EIF Wachstumsfazilität (Volumen 500 Mio. €)	Frühjahr/ Sommer 2015		BMWi
10.5	Erneute politische Initiative für eine beihilferechtskonforme Regelung der sog. Sanierungsklausel	Frühjahr 2015		BMWi
10.6	Angemessener Regulierungsrahmen für Crowd-Finanzierungen durch Kleinanlegerschutzgesetz-Entwurf	Frühjahr 2015		BMWi
10.7	Internationale Akzeleratoren ausbauen Eröffnung German Accelerator New York (GANY); weitere Planungen Life Science Accelerator in Boston (GALS) und Aktivitäten in Israel	Eröffnung New York am 24.10.? Eröffnung Boston frühestens Ende 2015 Programm mit Israel in Erarbeitung, geplanter Start Juli 2015		BMWi

Verbesserung der Verbreitung und Verfügbarkeit von WLAN	11	Mehr WLAN in Städten durch Änderungen im Telemediengesetz zu Providerhaftung im Sinne des Koalitionsvertrages; kein Haftungsprivileg für Hostprovider mit urheberrechtsverl. Geschäftsmodell	Kabinett ca. Mai 2015	BMW
Stärkung der kollektiven Rechtewahrnehmung im Urheberrecht	12	- Umsetzung der Verwertungsgesellschaften-Richtlinie (Richtlinie 2014/26/EU über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt) in deutsches Recht. - Verbunden mit der Umsetzung der Richtlinie soll das Verfahren zur Festsetzung der Geräte- und Speichermedienabgabe schneller und effizienter gestaltet werden.	Referentenentwurf im ersten Halbjahr 2015; die Richtlinie muss bis April 2016 in nationales Recht umgesetzt werden.	BMJV
Freie Routerwahl	13	Änderung des FTEG und TKG	Anhörung der Stakeholder Anfang 2015; Kabinettsbefassung Mitte 2015	BMW
Aus- und Weiterbildung sowie berufliche Qualifizierung und Aufbau digitaler Kompetenzen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14	Förderung der Qualifizierung und beruflichen Weiterbildung auch hinsichtlich digitaler Kompetenzen	Kontinuierlich im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (2015 - 2017)	BMAS
Stärkung der Willkommenskultur für IT-	15	- Ausbau des Förderprogramms IQ um „ESF-Qualifizierungen im Kontext	2014-2022	BMAS

und andere Fachkräfte		Anerkennungsgesetz“ - Förderung von Ausbildungsinteressierten auch in digitalen Berufen durch MobiPro-EU	1. Förderrunde: 01.01.2015 - 31.12.2018 2013-2018	BMBF
Forschung zu Erscheinungsformen, den Auswirkungen und der sozialen Absicherung digitaler Arbeit	16	Forschungsvorhaben zu Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeitswelt und soziale Sicherung	Start in IV/2014, Schwerpunkte im 1. und 2. Halbjahr 2015	BMAS
Rechtliche Rahmenbedingungen für intelligente Verteilernetze	17	Verordnungspaket „intelligente Netze“ zum sicheren Einsatz intelligenter Messsysteme 3 Verordnungen mit den Regelungsgegenständen <ul style="list-style-type: none"> • technische Mindestausstattung von Smart Metern • Regelungen zur Datenerhebung, -Verarbeitung und -Nutzung • Einbauverpflichtung, Finanzierung und Rollout-Zeiträume 	Kabinettsbeschluss 1. Halbjahr 2015, anschließend Zuleitung BR+BT	BMW
Digitalisierung des Energiebereichs zur Unterstützung der Umsetzung der Energiewende. Netze, Erzeugung, Verbrauch und Speicherung müssen mit	18	Förderprogramm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG). Im Rahmen des Förderprogramms sollen mindestens zwei großflächige „Schaufensterregionen“ aufgebaut werden,	- Anfang 2015: Veröffentlichung Förderbekanntmachung (Start Wettbewerb) - vorauss. Ende Mai 2015: Einreichungsfrist Projektskizzen - Danach Auswahlscheidung der	BMW

<p>Hilfe von IKT technisch so ausgestaltet sein und flexibel und intelligent zusammenwirken, dass eine sichere und effiziente Energieversorgung auch auf Basis hoher Anteile erneuerbarer Energie gewährleistet ist. Ziel sind flexible, intelligente Netze und Märkte.</p>		<p>um Wissen, Erfahrungen und Aktivitäten systemübergreifend zu bündeln und Musterlösungen für die intelligente Energieversorgung der Zukunft zu entwickeln und zu demonstrieren. Die Modellregionen sollen zeigen, dass intelligente IKT-basierte Netze (Smart Grids) mit zeitweise bis zu 100 % erneuerbaren Energien Systemsicherheit gewährleisten und einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können. Die entwickelten Lösungen der Modellregionen sollen als „Blaupause“ für eine breite Umsetzung dienen.</p>	<p>Schaukastenregionen und Aufforderung zur Antragstellung - Bewilligungen vorauss. 2016</p>
<p>Die Optimierung der Strategie bzw. der Maßnahmen von Kommunalverwaltungen im Bereich energie- und ressourceneffiziente IKT (Green IT)</p>	<p>19</p>	<p>Geplantes Projekt „greenITTown“ der DUH im Rahmen der Förderinformation für innovative Einzelprojekte (Nationalen Klimaschutzinitiative)</p>	<p>Geplant 1.1.2015-31.12.2017 BMUB</p>

Handlungsfeld III: Innovativer Staat

Ziel der Agenda	lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung / Wesentliche Zwischenschritte	Ressort(s)
Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung	1	Umsetzung des Regierungsprogramms „Digitale Verwaltung 2020“ (Kabinettsbeschluss vom 17.9.2014) mit folgenden Meilensteinen im 1. HJ 2015:	Online-Monitoring gegenüber BMI halbjährlich	BMI
	1.1	Normenscreening (Digitale Erklärung) mit dem Ziel, alle vermeidbaren Schriftformerfordernisse zu streichen	- Anfang 2015 Freischaltung einer Datenbank (enthält Informationen zu ca. 3.400 Schriftformerfordernisse) für 3 Monate zur Kommentierung durch Ressorts, Länder, Kommunen und Verbände. - Auswertung der Ergebnisse und Erarbeitung eines Änderungsgesetzes. - Bis zum 31.07.2016 ist dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis zu berichten.	BMI
	1.2	Einführung E-Akte bei allen Bundesbehörden	Bis Ende Q1 2015 Erarbeitung operationalisierter Zielvorgaben	BMI
	1.3	E-Beschaffung: - Ausbau vorhandener Infrastrukturen wie Vergabepattform, Kaufhaus des Bundes und Bündelung der Nachfrage - Nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Modernisierung des Vergaberechts - Implementierung des medienbruchfreien Empfangs elektronischer Rechnungen in den Beschaffungsprozess	Bis Ende Q1 2015 Erarbeitung operationalisierter Zielvorgaben	BMI

	1.4	<p>E-Rechnung: - Nationale Umsetzung der EU-RL zur eRechnungsstellung</p>	<p>Bis Ende Q1 2015 Erarbeitung operationalisierter Zielvorgaben</p>	BMI
	1.5	<p>Digitalisierung des 115-Services auf Grundlage der Ergebnisse des Projekts „115-App“ des IT-Planungsrates</p>	<p>Ab 2015 Erarbeitung eines digitalen 115-Service-Angebots</p>	BMI
	2	<p>Weiterentwicklung Einheitlicher Ansprechpartner (EA 2.0)</p>	<p>12/14: Beschluss WMK über Eckpunkte 6/15: Zwischenbericht und WMK-Beschluss zu weiterem Vorgehen Frühjahr 2016: WMK-Beschluss über neue strategische Ausrichtung</p>	BMWf
	3	<p>Umsetzung des Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der „G 8-Open-Data-Charta“ (Kabinettsbeschluss 17.9.14)</p>	<p>Bis Ende 1. Quartal 2015 muss jede Bundesbehörde mindestens zwei Datensätze (maschinenlesbare Rohdaten) auf GovData-Portal verfügbar zu machen.</p>	BMI
	4	<p>Weiterentwicklung und Ergänzung des Programms „Gemeinsame IT des Bundes“ als Teil des IT-Rahmenkonzept Bund</p>	<p>- Fortlaufendes Programm mit Einzelmaßnahmen auf Grund-lage einer ressortabgestimmten strategischen Rahmenplanung - IT-Rahmenkonzept Bund 2016 befindet sich zurzeit in Ab-stimmung mit den Ressorts</p>	BMI
Stärkung des IT-Planungsrates	5	<p>Verbesserung der Arbeitsstrukturen des IT-Planungsrates durch Schaffung einer dauerhaften Einrichtung (Föderale IT-Kooperation, FITKO).</p>	<p>- Bis Sommer 2015 Fertigstellung des FITKO-Umsetzungskonzeptes und Beschluss des IT-Planungsrates. - Im Anschluss Aufbau der Einrichtung (Ziel bis 2016) mit den Schwerpunkten auf Entwicklung einer Bund/Länder-IT-</p>	BMI

Einfache und sichere Kommunikation der Bürger und Unternehmen mit der Verwaltung ermöglichen	6	Einrichtung von Bürgerkonten, bei denen die sichere Authentifizierung insbesondere mit der eID-Funktion des Personalausweises erfolgt	Strategie, IT-Standardisierung, IT-Architekturmanagement und Koordinierung übergreifender IT-Beschaffungsmaßnahmen - Bis März 2015 Abstimmung mit Ländern im IT-Planungsrat zu einheitlichen Rahmenbedingungen für Errichtung von Bürgerkonten und der bundesweiten Interoperabilität von Bürgerkonten - Bis Mai 2015 im Anschluss Umsetzungskonzept	BMI
	7	Flächendeckende Einführung von DE-Mail: Anbindung der Bundesverwaltung	Bis Ende 2015 mit dem Ziel, dass weit über 200 Behörden und Einrichtungen des Bundes über De-Mail kommunizieren können.	BMI
	8	Aufbau eines Angebots für eine zentrale eID-Infrastruktur für Bundesbehörden	- Zentrale Bereitstellung von eID-Serviceleistungen und Berechtigungszertifikaten zur Nutzung durch die Bundesbehörden zu günstigen Konditionen - Bis Dezember 2015: Unterstützung der Bundesbehörden bei der Anbindung an den eID-Service und zur Integration der eID-Funktion an die jeweiligen Fachanwendungen	BMI
Autonomie und Handlungsfähigkeit der IT des Staates bewahren	9	Zusammenführung der IT-Netze und Rechenzentren des Bundes und Schaffen des notwendigen rechtlichen Rahmens (Kabinettsbeschluss Konzepts „IT-Steuerung Bund“).	- Bis Ende Februar 2015 Vorlage eines Konzepts zur IT-Konsolidierung an den BT-Haushaltsausschuss - Konzept zur Netzkonsolidierung wurde BT-Haushaltsausschuss Anfang Sept. 2014	BMI

		<p>BT-Haushaltsausschuss hat die BReg im Juni 2013 aufgefordert,</p> <p>a) ein Konzept für die Konsolidierung der Rechenzentren (IT des Bundes),</p> <p>b) Konzept für die Konsolidierung der IT-Netze des Bundes vorzulegen.</p> <p>und rechtliche Regelungen zu entwerfen.</p>	<p>übermittelt, dieser hat am 12. Nov. 2014 die BReg zur Umsetzung aufgefordert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bis Ende 2017 Migration der drei vom BMI verantworteten Netze (IVBB, BVN/IVBV und DOI) auf eine sichere Infrastruktur • Ab 2018: Migration weiterer Ressortnetze und Betrieb 	
	10	<p>Entwicklung eines Regelwerk für IKT-Standardisierung in der Bundesverwaltung und anschließende Umsetzung</p>	<p>Bis Juli 2015, im Anschluss fortlaufende Umsetzung</p>	BMI
Sichere Regierungskommunikation gewährleisten	11	<p>Errichtung „Netze des Bundes“ (NdB) als ressortübergreifende Kommunikationsinfrastruktur mit erhöhtem Sicherheitsniveau</p>	<p>In 2015 Beauftragung eines Generalunternehmers mit der Vollrealisierung NdB nach Verfügbarkeit der HH-Mittel. Geplant ist modularer Aufbau von NdB in mehrere Projektphasen, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bis Ende 2017 Migration der drei vom BMI verantworteten Netze (IVBB, BVN/IVBV und DOI) auf eine sichere Infrastruktur - Ab 2018: Migration weiterer Ressortnetze und Betrieb 	BMI
	12	<p>Routen der Daten der Bundesverwaltung soweit wie möglich über eigene Netzwerkinfrastrukturen unter Verwendung vertrauenswürdiger Komponenten.</p>	<p>Bis Ende 2015 Ablösung der BVN/IVBV und Anbindung an den modernisierten IVBB mittels an Netze des Bundes ausgerichteter Technik</p>	BMI
Politischer Dialog im Rahmen der Neuausrichtung des IT-	13	<p>Einrichtung und Gestaltung der Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“</p>	<p>Plattform soll Ende Januar 2015 arbeitsfähig sein</p>	BMI

Handlungsfeld IV: Digitale Lebenswelten

Ziel der Agenda	lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung	Ressort(s)
Dialog zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen der Digitalisierung	1	Einrichtung von Plattformen und Foren im Rahmen des IT-Gipfels, insbesondere das Forum „Digitale Gesellschaft“ soll dazu beitragen, aktuelle gesellschaftlich relevante Fragen der Digitalisierung im breiten Kreis zu erörtern.	Vorstellung der neuen Struktur auf dem IT-Gipfel am 21. Oktober Konstituierung der neuen Plattformen und Foren Anfang 2015 entsprechend der auf dem IT-Gipfel 2014 vorgestellten neuen Struktur	BMI, BMWi, BMVI
Verbesserung der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten	2	Entwicklung einer Teilnehmungsplattform, die die Angebote der ePartizipation für junge Menschen bündelt	Derzeit Prüfung des weiteren Vorgehens	BMFSFJ
Förderung des freiwilligen Digitalen Engagements	3	Pilot-Projekt „FSJ Digital“	Konzeptionsphase läuft. Avisierter Start des Pilotprojektes zum 01.09.2015	BMFSFJ
Gutes Aufwachsen mit digitalen Medien. Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen	4	Weiterentwicklung der Initiative „Ein Netz für Kinder“	fortlaufend, 125 Kinderwebseiten bis Ende 2015	BKM
	5	Bund-Länder-Projekt zur Förderung der Medienerziehung in Familien (Information, Beratung im Netz und vor Ort, Qualifizierung von Fachkräften)	Kongress im April 2015	BMFSFJ
Ausbau der digitalen	6	Modernisierung des Jugendumweltschutzes in Abstimmung zwischen Bund und Ländern und Verstärkung des I-KIZ als jugendpolitischem Forum	Gespräche mit Ländern werden kontinuierlich geführt.	BMFSFJ
	7	Bundeszentrale für politische Bildung:	fortlaufend	BMI

Möglichkeiten zur politischen Bildung und Steigerung des Interesses an Politik		Ausbau digitaler Infrastruktur zur politischen Bildung		
Digitale Agenda für Familien	8.1	Stärkung der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der digitalen Gesellschaft, insbesondere durch: - Einrichtung eines Informationsportals „Haushaltsnahe familienunterstützende Dienstleistungen“ - Beauftragung einer repräsentativen Studie zu „Hindernissen und Erfolgsfaktoren für eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer digitalen Gesellschaft“. - Digitales Infotool für vereinfachten Zugang zu Familienleistungen.	Portal wird derzeit konzipiert. 2015-2017	BMFSFJ
	8.2	Einsetzung eines unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, der sich auch mit der Frage der Handhabbarkeit und Zugänglichkeit digitaler Informationen für Betroffene befassen soll	1. Bericht soll zum 1. Juni 2019 vorliegen	BMFSFJ
	8.3	Gutes Familienleben in der Digitalen Gesellschaft: Kurzexpertise „Digitale Strategien zur besseren Integration von Familien mit Migrationshintergrund“	2015	BMFSFJ
Gleichstellung im Netz	9	Repräsentative Studie zum	2015-2017	BMFSFJ

		<p>Nutzungsverhalten von Männern und Frauen, Jungen und Mädchen in den neuen Medien.</p> <p>Nach Auswertung der Ergebnisse, Prüfung der Erforderlichkeit eines Aktionsplans „Gleichstellung und Neue Medien“</p>		
--	--	--	--	--

Handlungsfeld V: Bildung, Forschung, Wissenschaft, Kultur und Medien

Ziel der Agenda	lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung	Ressort(s)
Digitalen Wandel in der Wissenschaft forcieren, Strategie für den Digitalen Wandel in der Wissenschaft	1	Entwicklung einer Strategie für den digitalen Wandel in der Wissenschaft <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung des Rats für Informationsinfrastrukturen • Förderung von strategischen Projekten mit großer Hebelwirkung. 	Konstituierende Sitzung am 03.11.2014. Weitere Sitzungen in 1, 5, 11/2015.	BMBF
Open-Access-Strategie für den dauerhaften Zugang zu öffentlich geförderten Forschungspublikationen und -daten	2	Entwicklung einer umfassenden Open-Access-Strategie	Die internen Vorbereitungen laufen, und erste Aktivitäten sind in 2015 geplant.	BMBF
Bildungs- und wissenschaftsfreundlicheres Urheberrecht, um die Potenziale der Digitalisierung in Wissenschaft, Forschung und Bildung voll zu nutzen	3	Im Urheberrechtsgesetz soll eine einheitliche Bildungs- und Wissenschaftsschranke eingeführt werden, um den wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker Rechnung zu tragen.	Diskussionsentwurf in 2015	BMJV
Chancen der digitalen Medien für gute Bildung nutzen, weiterentwickeln und umsetzen mit einer	4	Entwicklung der Strategie „Digitales Lernen“ gemeinsam mit den Ländern und weiteren Akteuren in Bildungsbereich Gemeinsame Qualitätsoffensive	Die internen Vorbereitungen laufen, und erste Aktivitäten sind in 2015 geplant. In zwei Förderphasen 2014 bis 2023	BMBF

Strategie „Digitales Lernen“		Lehrerbildung von Bund und Ländern, um die Hochschulen in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Lehramtsausbildung zu reformieren und die Qualität nachhaltig zu verbessern. Förderbekenntmachung „Erfahrbares Lernen“	<p>Laufzeit: 2015-2018 29.10.2014 Bekanntmachung 20.02.2015 Einreichungsfrist</p>	
Stärkung der Nutzung digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Förderprogramm Digitale Medien in der beruflichen Bildung	5	Förderprogramm Digitale Medien in der beruflichen Bildung, u.a. Förderbekenntmachung „Förderung von Digitalen Medien in der beruflichen Bildung (DIMEBB 2)“	<p>20.10.2014 Bekanntmachung 25.01.2015 Einreichungsfrist</p>	BMBF
Vorbereitung auf die Herausforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt	6	Im Bereich der beruflichen Bildung laufende Anpassung der Ausbildungsordnungen gemeinsam mit den Akteuren Förderbekenntmachung "Mit 60+ mitten im Arbeitsleben" Kompetenzentwicklung Industrie 4.0, Erhebung von Bedarfen, Entwicklung von Lernmodellen	<p>Laufend</p> <p>Projektlaufzeit: 2013-2016 Teil der Förderbekenntmachung „Arbeit in der digitalisierten Welt“, in Vorbereitung.</p>	BMBF
Chancen der Digitalisierung an Hochschulen nutzen	7	Förderung des Hochschulforums Digitalisierung.	Erarbeitet derzeit Empfehlungen, Vorlage vsl. in 2016	BMBF
Forschungs- und	8	Forschungs- und Innovationsförderung zu		BMBF

Innovationsförderung zu Industrie 4.0 im Rahmen der Hightech-Strategie		Industrie 4.0	<ul style="list-style-type: none"> Förderbekanntmachung Forschung auf den betrieblichen Hallenboden 	<p>27.06.2014 Bekanntmachung</p> <p>30.09.2014 Einreichungsfrist</p> <p>Beginn der Förderung 2. Halbjahr 2015</p>	
Forschungs- und Innovationsförderung zu IT-Sicherheit im Rahmen der Hightech-Strategie	9	<p>Programm „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ mit folgenden Maßnahmen:</p> <p>Förderung von drei Kompetenzzentren zur IT-Sicherheit (EC-SPRIDE, KASTEL, CISPA)</p> <p>Schwerpunkt „IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen“</p> <p>Schwerpunkt „Datenschutz: selbstbestimmt in der digitalen Welt“</p> <p>Schwerpunkt „Sicheres Cloud Computing“</p> <p>Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt“</p>	<p>2011 bis 2015</p> <p>2015 - 2018</p> <p>Start 2015</p> <p>2013 – 2016</p> <p>Symposium 20.10.2014</p>	BMBF	
Forschungs- und Innovationsförderung im Bereich Forschung zur Zukunft der Arbeit / und Dienstleistungsforschung („Smart Services“) im Rahmen der Hightech-Strategie	10	<p>Programm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“</p> <p>Förderprogramm „Zukunft der Arbeit“</p> <p>Förderbekanntmachung „Arbeit in der digitalisierten Welt“</p>	<p>08.09.2014 Veröffentlichung</p> <p>Veröffentlichung Ende Mai 2015</p> <p>Veröffentlichung Febr. 2015</p> <p>Start der Projektbewilligungen Ende 2015</p> <p>Projektlaufzeit: 2015 – 2019</p>	BMBF	

			<p>Förderbekanntmachung „Dienstleistungsinnovation durch Digitalisierung“</p> <p>Verbundvorhaben „Servicerobotik zur Unterstützung bei personenbezogenen Maßnahmen“, Pilotmaßnahme</p> <p>Verbundvorhaben „Smart Urban Services: Evidenzbasierte Dienstleistungen für die urbane Wertschöpfung von morgen“, Pilotmaßnahme</p>	<p>30.11.2014 Einreichungsfrist</p> <p>Bekanntgabe der Auswahlentscheidung auf der Cebit 2015</p> <p>Projektlaufzeit 01.11.2014 -31.10.2018</p> <p>Laufzeit 01.11.2014 -31.10.2018</p>	
<p>Forschungs- und Innovationsförderung der Mikroelektronik im Rahmen der Hightech-Strategie</p>	11	<p>Stärkung der Mikroelektronik</p> <p>Mitwirkung bei der EU-Mikroelektronikinitiative ECSEL</p> <p>Förderbekanntmachung „Sensorbasierte Elektroniksysteme für Anwendungen für Industrie 4.0“</p> <p>Förderbekanntmachung zur Förderung von chipbasierten Sicherheitstechnologien</p>	<p>2014 – 2024</p> <p>Veröffentlichung erster Call Ende 2014, Projektauswahl erfolgt. Projektbeginn bis Mitte 2015</p> <p>Veröffentlichung Ende 2014, Projektauswahl im 2. Quartal 2015. Projektbeginn Ende 2015</p> <p>Förderbekanntmachung April 2015 geplant.</p>	BMBF	
<p>Forschungs- und Innovationsförderung zu „Big Data“/ Smart Data im</p>	12	<p>Förderung der Forschung zu Big Data</p> <p>Einrichtung von Big-Data-</p>	<p>Start des Aufbaus: Ende 2014</p>	BMBF	

<p>Rahmen der Hightech-Strategie</p>		<p>Kompetenzzentren in Berlin und Dresden FuE-Projekte im Rahmen der BKM „Management und Analyse großer Datenmengen (Big Data)“ Big-Data Begleitforschung</p>	<p>Start der Projekte: bis 1. Quartal 2015 Start der Projekte: 1. Quartal 2015</p>	
<p>Stärkung der Forschung zur Digitalisierung in der Medizin</p>	<p>14</p>	<p>Forschungs- und Förderkonzept Medizininformatik Förderbekanntmachung „Medizintechnische Lösungen für eine digitale Gesundheitsversorgung“ Förderbekanntmachung „Deutsches Netzwerk für Bioinformatik-Infrastruktur“ Förderbekanntmachung „i:DSem – Integrative Datensemantik in der Systemmedizin“</p>	<p>Workshop mit Experten im März 2015, 1. Bekanntmachung zum Sommer 2015 geplant. 16.10.2014 Bekanntmachung 30.06.2015 Einreichungsfrist, Laufzeit 3 Jahre vom 24.06.2013, Start 01.03.2015, Laufzeit 5 Jahre vom 13.2.2014, geplanter Start Ende 2015, Laufzeit 5 Jahre</p>	<p>BMBF</p>
<p>Förderung von Smart-Home-Anwendungen + Unterstützung der Digitalisierung des Bauens</p>	<p>15</p>	<p>Förderung von Smart-Home-Anwendungen Bekanntmachung „Technik stellt sich auf den Menschen ein“ Bekanntmachung „Adaptive lernende Systeme“ Innovationscluster „KogniHome“</p>	<p>Projektlaufzeit: 2013 - 2017 Projektlaufzeit: 2015 – 2018 Projektlaufzeit: 2014 - 2017</p>	<p>BMBF</p>
<p>Internetinstituts, das interdisziplinär Aspekte der Digitalisierung erforscht.</p>	<p>16</p>	<p>Konzeptentwicklung für ein öffentlich geförderes Internet-Institut</p>	<p>Die internen Vorbereitungen laufen, und erste Aktivitäten sind in 2015 geplant.</p>	<p>BMBF</p>

<p>Wissenschaftliche Analyse der Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen der Digitalisierung</p>	<p>17</p>	<p>Förderung von Forschungsvorhaben im Rahmen der Innovations- und Technikanalyse, hier: „Themenfeld 2: Chancen und Risiken der Digitalisierung“</p>	<p>Sommer 2015: Start der 2-jährigen Förderung für ca. 3-4 Studien im Bereich der Digitalisierung 19./20. Nov.2015 ITA-Forum 2015 Herbst 2016 ITA-Forum 2016 (Zwischenbericht der Studien) Sommer 2017 (Fertigstellung der Studien)</p>	<p>BMBF</p>
<p>a) Entwicklung einer übergreifenden Strategie sowie von Aktionsplänen zur Digitalisierung von Kulturgütern b) Entwicklung geeigneter technischer Lösungen und Standards zur Bewahrung von Kulturgütern in digitaler Form</p>	<p>18</p>	<p>Austausch mit Kultureinrichtungen zwecks Erlangung von Erkenntnissen für die Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie Austausch mit und zwischen Kultureinrichtungen, Entwicklung und Weiterführung von Langzeitarchivierungslösungen beim Bundesarchiv und bei der Deutschen Nationalbibliothek (Digitales Archiv, Digitalen Zwischenarchiv, AREDO)</p>	<p>2015 - 2017 fortlaufend</p>	<p>BKM BKM</p>
<p>Filmdigitalisierung</p>	<p>19</p>	<p>Digitalisierung des nationalen Filmerbes</p>	<p>BKM fördert seit 2012 die Digitalisierung des nationalen Filmerbes. Konkreter Finanzbedarf und Zeitplanung ab 2016 wird derzeit ermittelt.</p>	<p>BKM</p>
<p>Auf- und Ausbau Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)</p>	<p>20</p>	<p>Nach Beginn des Regelbetriebs Ende März 2014 weiterer Betrieb bei permanentem Ausbau der digitalen Bestände. Nach derzeit laufender Evaluierung der</p>	<p>Ende 2014 bis Mitte 2015 Evaluierung und Entscheidung über evtl. weiteren Ausbau und Finanzierung ab 2017</p>	<p>BKM</p>

<p>Bund-Länder-Kommission zur Schaffung einer kompatiblen Medienordnung</p>	<p>21</p>	<p>DDB Mitte/Ende 2015 gemeinsame Entscheidung von Bund und Ländern über evtl. weiteren Ausbau und künftige Finanzierung</p>	<p>Je nach konkreter Ausgestaltung der Arbeit der B-L-Kommission. Ggf. Fachgespräche/ Workshop zum Anpassungsbedarf von Regelungen insbesondere an den Schnittstellen Medienkonzentrationsrecht, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Medienaufsicht, , Telekommunikations- und Medienrecht mit BKartA, LKartbehörden, Monopolkommission, Landesmedienanstalten, KEK, Staatskanzleien der Länder</p>	<p>BKM (Ko-Vorsitz Rheinland-Pfalz)</p>
			<p>Oktober 2014: Ländergutachten zur Vorbereitung der Bund-Länder-Gespräche. Dezember 2014: Bundeskanzlerin und Regierungschefinnen und -chefs der Länder beschließen am 11. Dezember 2014 die Einsetzung einer gemeinsamen Steuerungsgruppe Vorgespräch zwischen BKM und Rheinland-Pfalz (und weitere Ländervertreter) am 14.1.2015. Voraussichtlich zweite Märzhälfte 2015: Erstes Spitzentreffen der politischen Steuerungsgruppe</p>	

Handlungsfeld VI: Sicherheit, Schutz und Vertrauen für Gesellschaft und Wirtschaft

Ziel der Agenda	lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung / Wesentliche Zwischenschritte	Ressort(s)
Ordnungsrahmen für die digitale Welt verbessern	1.1	Erarbeiten eines IT-Sicherheitsgesetzes mit gesetzlichen Vorgaben zu Mindestsicherheitsstandards und einer Meldepflicht für erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle	- 17. Dezember 2014 Kabinettsbeschluss - Bis Mitte 2015 Abschluss des parlamentarischen Verfahrens geplant.	BMI
	1.2	Intensive Fortführung der Verhandlungen zur EU-Datenschutz-Grundverordnung	Verabschiedung in 2015 geplant	BMI
	1.3	Anpassen des Strafrechts an das digitale Zeitalter: Schaffung eines Straftatbestands der Datenhehlerei sowie Prüfung eines Erfordernisses von Qualifikationstatbestände in den §§ 202a, 202b, 202c und 303a StGB und Prüfung einer Erweiterung des § 100a StPO.	Erarbeitung und Vorlage eines Referentenentwurfs in 2015	BMJV
Sicheres Handeln im Netz ermöglichen	2.1	Fördern und Erweitern der Nutzung der eID des Personalausweises:	- Bis Ende 2015 Änderung des PersonalausweisG, um Bereitstellung von eID-Anwendungen durch Anbieter aus Wirtschaft und Verwaltung zu vereinfachen - In 2015 Begleitung neuer potenzieller Multiplikator-eID-Anwendungen in Verwaltung und Wirtschaft (z.B. iKfZ, Elster, Vollmachtsver, Bürgerkonten) - Ab April 2015 Bereitstellung und Pflege einer einfach nutzbaren Software zur	BMI

				(mobilen) Nutzung der eID-Funktion, insbes. AusweisApp2 - Juni 2015: Strategie zur Verbreitung eID-Lesegeräten	
	2.2	Flächendeckende Einführung von DE-Mail: AG De-Mail zur engeren Zusammenarbeit von Bund und De-Mail-Anbietern		Identifizieren prioritär voranzutreibende Maßnahmen und Förderung ihrer Umsetzung	BMI
Verbraucherschutz in der digitalen Welt verbessern	3.1	Schaffung eines Verbandsklagerecht zur Verbesserung des Datenschutzes		Gesetzentwurf wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.	BMJV
	3.2	Einrichtung des Marktwächters Digitale Welt		2014 - 2017	BMJV
	3.3	Förderung von diversen Projekten zur Information und Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher		2014 - 2017	BMJV
Sichere und vertrauenswürdige IT fördern und fordern	4	Einrichtung einer Plattform „Vertrauenswürdige IT“ mit dem Ziel, deutsche IT-Sicherheitsunternehmen zu stärken, die Entwicklung vertrauenswürdiger Produkte unter den Rahmenbedingungen des Marktes und deren Einsatz in Schlüsselbereichen zu fördern sowie eine erhöhte Kontrolle und Beherrschbarkeit von vertrauenswürdigen Systemteilen zu ermöglichen.		Initialisierung im ersten Halbjahr 2015 geplant	BMI
	5	Intensivierung der Aktivitäten zur Standardisierung, z.B. zu Industrie 4.0 oder Trusted Computing.		Bis Mitte 2015 Erarbeitung einer strategischen Ausrichtung zu Trusted Computing unter Konsultierung aller	BMI

		Stakeholder und Abstimmung mit Ressorts		BMI
Bewusstsein und Kenntnisse zu Sicherheit und Datenschutz im Netz stärken.	6	Neuausrichtung der Stiftung Datenschutz: Einbeziehen in den Umsetzungsprozess der Digitalen Agenda und Ausrichten ihrer Tätigkeit auf Aufklärung im betrieblichen Bereich sowie Erarbeiten von neutralen Vorschlägen im Grundlagenbereich (Think Tank)	Ab 2015 Entwicklung pragmatischer Lösungen zum Schutz der Privatsphäre in Zeiten der Informationsgesellschaft	BMI
	7	Förderung des DsiN-Projektes „Digitale Nachbarschaftshilfe: Ehrenämter als Multiplikatoren für IT-Sicherheit“	Start des Projekts im Januar 2015 mit dem Ziel, dass in drei Jahren bis zu 1,75 Mio Ehrenamtliche den Bürgerinnen und Bürgern helfen, „digital mündig“ zu werden)	BMI
Stärkung der Cyber-Sicherheitsarchitektur	8.1	Ausbau des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik	Erweiterung der Kompetenzen und der sachlichen wie personellen Ausstattung mit Umsetzung IT-Sicherheitsgesetz in 2015	BMI
	8.2	Ausbau des Nationalen Cyber-Abwehrzentrums	In 2015 Erarbeitung und Umsetzung eines Weiterentwicklungskonzepts zusammen mit den beteiligten Bundesbehörden. Ziel ist u.a. eine stärkere Koordinierung der für einen Cyber-Sicherheitsvorfall zuständigen Behörden	BMI
	8.3	Kompetenzstärkung des BKA in den Phänomenbereichen Cybercrime, Cyberspionage und Cybersecurity Verbesserung der Ausstattung des BKA mit einer den Anforderungen entsprechenden IT-Infrastruktur.	Schaffung personeller (insbesondere IT-Fachpersonal) und materieller Voraussetzungen in den Auswertungs- und Ermittlungsbereichen des BKA.	BMI
	8.4	Bessere Strategische und organisatorische Aufstellung des BfV	fortlaufend	BMI

		<p>sowie Verbesserung der Leistungsfähigkeit der IT-Infrastruktur des BfV und der technischer Analysefähigkeit</p>		
<p>Mehr Sicherheit im Cyberraum</p>	<p>9</p>	<p>Erarbeitung von Handlungsempfehlungen im Sinne einer nationalen Strategie zum Wirtschaftsschutz durch Experten der Sicherheitsbehörden und der Wirtschaft. Bei der Entwicklung dieses Konzeptes werden die Allianz für Cybersicherheit und die dort entwickelten Schutzmaßnahmen berücksichtigt.</p>	<p>Ende 2015</p>	<p>BMI</p>
<p>Politischer Dialog im Rahmen der Neuausrichtung des IT-Gipfels</p>	<p>10</p>	<p>Einrichtung und Gestaltung der Plattform „Sicherheit, Schutz und Vertrauen für Gesellschaft und Wirtschaft“</p>	<p>Plattform soll Ende Januar 2015 arbeitsfähig sein</p>	<p>BMI</p>

Handlungsfeld VII: Europäische und internationale Dimension der Digitalen Agenda

Ziel der Agenda	Lfd. Nr.	geplante Projekte und geplante Maßnahmen	konkrete Zeitplanung	Ressort(s)
Europäische Einbettung der Digitalen Agenda für Deutschland	1.1	Stärkung des digitalen Binnenmarkts durch konstruktive Unterstützung der weiteren Verhandlungen zum Digital Single Market (DSM) Verordnungsvorschlag mit dem Ziel eines zügigen Abschlusses.	Einbringen einer BRegPosition zur Netzneutralität Ziel der Verabschiedung 2015	BMWi
	1.2	Mitwirkung an der Überprüfung des europäischen Urheberrechts durch konstruktive Unterstützung des anstehenden Reformprozess des Urheberrechts auf europäischer Ebene.	fortlaufend. Initiativen der KOM im Jahr 2015 sind im Arbeitsprogramm 2015 angekündigt, bislang aber weder inhaltlich noch zeitlich weiter konkretisiert.	BMJV
Fortführung Transatlantischer Cyber-Dialog sowie bi- und multilaterale Regierungskonsultationen zu Cyber-Themen mit Schlüsseländern	2	Dialog insbesondere mit USA in verschiedenen Bereichen und Ebenen mit dem Ziel, unsere Anliegen auf allen Kanälen zu fördern. Maßnahmenkatalog in Vorbereitung.	Nächste Runde des TCD auf Regierungsebene im Sommer 2015. Im Januar beginnt Serie von „Feuilleton Gesprächen“ mit verschiedenen Künstlern/ Intellektuellen/ Medientheoretikern, die sich mit den Konsequenzen der digitalen Entwicklung in ihrer Arbeit auseinandersetzen (alternierend in Berlin und USA). Geplant für 2015: „Runder Tisch“ deutscher und amerikanischer Unternehmen zu Cyberfragen. Noch nicht terminiert: Transatlantischer	AA, BMWi, BMI

	3	<p>Weiterentwicklung Internationale Cyber-Sicherheitspolitik: Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VN, Regionalorganisationen, bilateral)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeit in den VN (Group of Governmental Experts); • Arbeit in der OSZE 	Mediendialog.	AA, BMI
Neuausrichtung ICANN	4	Aktive Begleitung des Diskussionsprozesses zur Neuausrichtung ICANN unter Einbeziehung der betroffenen deutschen Interessengruppen	fortlaufend	BMW i	BMW i
Beteiligung an internationalen Aspekten im Nachfolgeprozess der beiden Weltipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS+10) einschließlich des Internet Governance Forums (IGF) und dessen Vorbereitungstreffen (EuroDIG, IGF-Deutschland)	5	Teilnahme an Vorbereitungssitzungen in Genf und New York	<p>Nächste Sitzungen der ITU-Ratsarbeitsgruppe zum WSIS+10 Prozess Ende Januar und Anfang März in Genf. Haupttreffen des IGF-Deutschland vss. 21. KW WSIS Open Forum vom 25.-29. Mai 2015, Genf EuroDIG, 4.-5. Juni 2015 in Sofia, Bulgarien Sitzung des ECOSOC im Juli in New York IGF, 10.-13. November 2015 in Joao Pessoa, Brasilien</p>	BMW i, AA	BMW i, AA
Weiterentwicklung des sog. Sao-Paulo-Prozesses zur	6	<ul style="list-style-type: none"> • NETmundial-Initiative • Geneva Internet Platform 	1. Treffen des Koordinierungsrates der NETmundial Initiative am 31. März 2015	BMW i, AA	BMW i, AA

Erstellung universaler Internet-Prinzipien				(Begleitung) weitere Veranstaltungen noch nicht terminiert	
Weiterentwicklung Menschenrechtsschutz	7.1	Sektorvorhaben Menschenrechte – Komponente „Meinungsfreiheit/Zugang zu Informationen“: Durchführung innovativer Maßnahmen in Afrika, Asien und Lateinamerika (u. a. Umsetzung des Menschenrechts auf Meinungsfreiheit und Zugang zu Information)		fortlaufend	BMZ
	7.2	<ul style="list-style-type: none"> • Aktive Begleitung Diskussionsprozesse im VN-Menschenrechtsrat und in VN-Generalsammlung • Stärkung der www.freedomonlinecoalition.com und Verstärkung des „Runden Tisches Internet und Menschenrechte“ unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft 		28. Sitzung des VN-Menschenrechtsrates im März 2015 (Vorsitz in diesem Jahr: Bot. Rückler für Deutschland) Nächste Freedom Online Coalition-Konferenz vom 4.-5. Mai in Ulan Bator, Mongolei Nächster Runder Tisch „Internet und Menschenrechte“ am. 12. Februar	AA
Cyber-Kapazitätsaufbau	8	Neue Phase Sektorvorhaben „Informations- und Kommunikationstechnologien für nachhaltige Entwicklung“, Pilotmaßnahmen in Entwicklungsländern, Beratung Internet-Governance und Strategieentwicklung		2014-2017	BMZ
Digitalisierung der Afrikastrategie der Bundesregierung	9.1	Zusage Pilotprojekte zu innovativen IKT Anwendungen in Afrika mit Schwerpunkten u. a. auf Bildung, Governance und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung		2015-2016	BMZ

	9.2	43 laufende und geplante IKT-Komponenten in EZ-Vorhaben in Afrika (Bereiche Governance, Bildung und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung)	Laufzeitende 2015-2017	
Digitalisierung im Bereich Governance der EZ	10	36 laufende und geplante Vorhaben im Governance Bereich (Verbesserung der Effizienz und Transparenz der Verwaltung, Antikorruption, Bürgerbeteiligung, Förderung eines Demokratiedialogs, Stärkung von freier Meinungsäußerung und Zugang zu Information	Laufzeitende: zwischen 2015 und 2017	BMZ